

## Attac-Stellungnahme zu Rio+20



### **Die Natur hat keinen Preis! Gemeinsam für soziale und ökologische Gerechtigkeit!**

Vom 20. Bis 22. Juni findet in Rio de Janeiro die nächste UN Konferenz für nachhaltige Entwicklung statt. 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio 1992, hat sich die Zerstörung der Natur beschleunigt, die Ungleichheit vergrößert und die aktuelle Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, Ökologie- und Sozialkrise bedroht die Demokratie. „Nachhaltige Entwicklung“ ist in ihrem Versuch, Ökologie und Ökonomie zu versöhnen, gescheitert. Der Entwurf für die Abschlussdeklaration der Konferenz mit dem Titel „Die Zukunft, die wir wollen“ bewirbt die „Grüne Wirtschaft“ als die Antwort auf die verschiedenen Krisen und beansprucht damit, nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Diese „Grüne Wirtschaft“ ist aber nicht mehr und nicht weniger als die Fortführung des aktuellen Wirtschaftsmodells und lässt damit die Ursachen der Krisen unberührt. Mehr als 400 soziale Bewegungen, Umweltorganisationen, Gewerkschaften, StudentInnenorganisationen etc. organisieren den „Gipfel der Menschen für soziale und ökologische Gerechtigkeit, gegen die Kommodifizierung des Lebens und für die Verteidigung der Gemeingüter“, der vom 15. bis zum 23. Juni in Rio stattfindet oder mobilisieren in ihren Ländern gegen die falschen Lösungen der „Grünen Wirtschaft“ und setzen sich dafür ein, wirkliche Alternativen dazu voranzutreiben. Am 20. Juni – dem Beginn der UN-Konferenz, gibt es einen globalen Aktionstag, an dem weltweit dezentrale Aktionen stattfinden.

#### **Eine „Grüne Wirtschaft“ im Kontext der Krisen**

Zwei Themen stehen auf der Tagesordnung der Staaten in Rio: „die Grüne Wirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und der Bekämpfung von Armut“ und „ein neuer institutioneller Rahmen für nachhaltige Entwicklung“.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung präsentiert sich als Zauberformel der Versöhnung von ökologischen Herausforderungen, sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung. Ein Kompromiss der angesichts der aktuellen Krisen unerlässlich erscheint. Doch der Vorschlag dieser „Grünen Wirtschaft“ bevorzugt weiterhin eine profitorientierte Wirtschafts- und Finanzlogik, die den Zielen und Politiken für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit entgeht.

Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge über die globale Governance zeigen, dass die Vereinten Nationen ihre Rolle als Akteur, der internationale Kooperation im Dienste der Menschen vor dem Hintergrund von klar formulierten Zielen fördert, nicht erfüllt. Ihre „Governance“ reduziert sich auf das Herstellen eines internationalen juristischen Rahmens, den Wirtschafts- und Finanzakteure brauchen, um ihre Investitionen und Profite im Rahmen der „Grünen Wirtschaft“ weiterhin tätigen und v.a. auch absichern zu können.

Die zunehmende Macht transnationaler Konzerne und Industriegruppen zeigt sich in deren Einfluss, im Rahmen der Vereinten Nationen entscheidend mitzumischen. Das kürzlich abgehaltene Weltwasserforum ist dafür ein gutes Beispiel – dieses wurde auf Initiative von Suez und Veolia etabliert. Vorschläge von Regierungen, die UN um eine weitere Organisation für die Belange der Umwelt zu erweitern, sind daher aus unserer Sicht mit Skepsis zu betrachten – v.a. deshalb weil diese Organisation nicht mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wäre und noch dazu nicht die Möglichkeit hätte, Umweltrecht über kommerzielle und finanzielle Interessen und damit verbundene Regelwerke zu stellen. Zugleich gerät dabei aus dem Blick, dass die viel mächtigere Weltbank unabhängig davon im Namen des Umweltschutzes weltweit in undemokratischer Weise Projekte finanziert und vorantreibt, die in sozialer und ökologischer Hinsicht die Probleme immer weiter verschärfen und zugleich vielversprechende Ansätze untergraben und den Status Quo nachhaltig absichern.

Darüber hinaus sagen die Förderer dieser „Grünen Wirtschaft“, dass sie wirtschaftliches Wachstum von der Zerstörung der Umwelt entkoppeln wollen. Im Namen der Erhaltung der Biodiversität, der Wasserqualität, der Bestäubung von Pflanzen, des Erhalts von Wäldern und der Regulierung des Klimas, schlagen sie vor, allen Funktionen der Natur einen Preis zu geben – denn nur dadurch wäre es möglich Pflanzen, Tiere und Ökosysteme zu erhalten. Diese Inwertsetzung erfordert, dass Natur zerlegt und in „Ökosystemdienstleistungen“ definiert wird, um diese zu monetarisieren und letztlich handelbar zu machen. Die Definition neuer Eigentumsrechte für Naturgüter und die Entstehung bzw. Entwicklung von neuen Märkten und Finanzinstrumenten (die man dann „innovative Finanzprodukte“ nennt) ist die logische Konsequenz dieses Ansatzes. Damit sollen Ökosysteme gerettet werden. Alle bisherigen Erfahrungen mit derartigen Ansätzen zeigen, dass damit der notwendige sozial-ökologische Umbau der Ökonomie gerade nicht stattfindet, die Umweltzerstörung bestehen bleibt und Konzerne zugleich ihre Profite steigern können.

Diese „Grüne Wirtschaft“ wird als „nachhaltiges Management“ der Natur und der Erde verkauft. Aber in Wirklichkeit ist sie die Ausweitung einer Sichtweise, in der die Natur auf bloßes Kapital reduziert wird, welches in „markteffizienter“ Weise zu managen ist, sowie auf ein bloßes Objekt zugerichtet wird, mit dem Profite gemacht werden können. Diese Sichtweise bringt jedoch viele Gefahren für die Menschen und die Natur mit sich. Im Rahmen der aktuellen umfassenden Krise bedeutet diese „Grüne Wirtschaft“ nicht nur ein „Greenwashing“, also eine Schönfärberei einer Politik und Wirtschaft des „business as usual“, sondern auch die Ausweitung und Vertiefung des neoliberalen und kapitalistischen Politik- und Wirtschaftsmodells auf die gesamte Natur.

Wir stehen vor einer neuen Etappe der Inwertsetzung, Kommodifizierung und Finanzialisierung der Natur und ihrer Funktionen. Die lokal vor Ort lebenden Bevölkerungen spüren die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser neuen Offensive der Einhegung der Natur zuerst. Die „Grüne Wirtschaft“ verzichtet auf jegliche soziale Ziele, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen oder Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen oder den Zugang zu gemeinschaftlichen Gütern – denn es geht um die Ausbeutung der Natur für Profitinteressen.

Diese „Grüne Wirtschaft“ wird bereits umgesetzt: die Märkte für den Emissionshandel, Agrotreibstoffe, Biopiraterie etc. sind nur einige wenige Beispiele dafür. Ihnen allen gemein ist, dass sie keinen Beitrag zur Lösung der multiplen Krisen von heute leisten. Sie sind daher auch keine Antworten auf Ungleichheit, Armut, Klimachaos und die Zerstörung der Biodiversität.

Im Gegenteil: sie verschlimmert die Krise und schreibt ein auf endloses Wachstum fokussiertes Wirtschaftsmodell fort, welches auf der Ausbeutung der Natur und der Menschen basiert, und Menschenrechte nicht respektiert. Sie ignoriert wissenschaftliche Ergebnisse, die die Notwendigkeit eines umfassenden Umbaus der Ökonomie deutlich vor Augen führen und entwertet Alternativen, die auf lokalem Wissen und lokaler Erfahrung basieren. Diese Vision nährt weiterhin den Glauben daran, dass Marktmechanismen und technische Lösungen (Biotechnologie, Geo-Engineering etc.) die aktuellen Krisen lösen können und dies zugleich mit unendlichem Wachstum vereinbar wäre. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verschlimmert in vielen Ländern die Lage der Menschen und die aktuellen Krisenantworten der Regierungen nehmen ihnen immer weiter die Möglichkeit, in Entscheidungen über einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch mitzubestimmen.

### **Die Zukunft, die wir wollen**

Überall auf der Erde widersetzen sich Menschen diesen falschen Krisenantworten. Widerstandsbewegungen zeigen die negativen Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf und entwickeln gemeinsam sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Alternativen, die an den strukturellen Ursachen der Krisen ansetzen. Dazu gehören u.a. die Wiederaneignung und demokratische Kontrolle bzw. Verwaltung von Gemeingütern (Land, Wasser, Saatgut, Wälder, Wissen etc.), Ernährungssouveränität und agrarökologische Produktionsweisen, die demokratische Transformation der Energieproduktion (z.B. energieautonome Gemeinden auf der Basis von sicheren, erneuerbaren Energien für alle), die Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe, ein gemeinwohlorientiertes und demokratisch kontrolliertes Finanzsystem und die Re-Orientierung der Wirtschaft auf die tatsächlichen Bedürfnisse aller Menschen. Dies erfordert tiefgreifende Veränderungen der Art und Weise wie wir produzieren, wie wir leben und konsumieren und wie wir unser Verhältnis mit der Natur gestalten. Aus unserer Sicht ist die Natur – Wasser, Erde, Luft, Ökosysteme, Biodiversität etc - keine Ware und noch weniger ein Finanzprodukt. Sie ist ein Gemeingut, das uns allen gehört.

Es braucht eine wirkliche Veränderung und Transformation in Richtung nachhaltiger Gesellschaften, die soziale und

ökologische Gerechtigkeit sicherstellen, die Wirtschaftswachstum durch ein gutes Leben für alle ersetzen und in der Arbeit einen neuen Wert und Inhalt erhält und gerecht verteilt ist. Dies ist die Alternative zur Perspektive, dass alle Gesellschaften ohne Ende im Wettbewerb über den Zugang und die Kontrolle von Ressourcen stehen. Um den ökologischen und sozial gerechten Umbau der Wirtschaft voranzutreiben – im globalen Norden wie im globalen Süden – muss die Macht der transnationalen Unternehmen und der Finanzmärkte gebrochen werden.

### **Attac Österreich und Rio +20**

Im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen thematisiert Attac Österreich unter dem Motto „Die Natur ist keine Ware, die Natur hat keinen Preis“, die tatsächlichen Inhalte dieser „Grüne Wirtschaft“. Darüber hinaus engagieren wir uns für Alternativen und in konkreten Kämpfen, die tatsächlich an den Ursachen der Krise ansetzen – u.a. für ein gemeinwohlorientiertes und demokratisch kontrolliertes Finanzsystem, in der Bewegung für Ernährungssouveränität, bei der Landbesetzung in Wien für eine solidarische Landwirtschaft, für eine massive Umverteilung des Reichtums u.a. via Vermögenssteuern um für öffentliche Investitionen in den Ausbau öffentlichen Verkehrs und nachhaltiger Energie im Rahmen der Allianz „Wege aus der Krise“ etc.